

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr.Vöhringer,
sehr geehrte Frau Clemens , sehr geehrter Herr Gangl,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der französische Dichter de Balzac hat den Haushalt wie folgt beschrieben:

„Der öffentliche Haushalt ist kein Geldschrank - er gleicht vielmehr einer Bewässerungsanlage. Je mehr Wasser diese gibt, desto besser gedeiht das bewässerte Land. „

Wenn wir wollen, dass unsere Gemeinde gut gedeiht, müssen wir dafür sorgen, dass die Bewässerungsanlage gut mit Wasser ausgestattet ist und dass wir auch dort bewässern, wo es trocken ist und nicht dort, wo schon das Wasser übersteht.

Will heißen: Wir sollten die Einnahmeseite nicht vergessen und das Geld dort einsetzen, wo es tatsächlich gebraucht wird.

Ein Haushalt, sollte die Werte und Prioritäten unserer Kommune und seiner Einwohner widerspiegeln.

Damit sind wir schon beim springenden Punkt. Die Verwaltung hat uns zwar ein umfangreiches Zahlenwerk vorgelegt aus dem sich ergibt, in welche Bereiche sie die Mittel einsetzen will.

Aber spiegelt der Haushaltsentwurf die Werte und Prioritäten unseres Gemeinwesens tatsächlich wieder?

Das ist es, was wir in der anstehenden Haushaltsdiskussion zu klären haben.

Wir haben viele kritische Fragen dazu.

Fangen wir bei der Einnahmeseite an. Warum wird ein Gewerbesteuersteueraufkommen von 60 Millionen angesetzt? Dies ist bekanntlich 28 Millionen weniger als wir dieses Jahr erzielt haben. Die Verwaltung geht mittelfristig von einer weiteren Reduzierung aus.

Wir alle wissen, dass der größte Gewerbesteuerzahler vor Ort in diesem Jahr 100-jähriges Jubiläum feiert, aber auch Umsatz Plus von 10 % und ein Rekordergebnis verkündet. Viele Bürger in der Stadt haben uns angesprochen, wie beides zusammen geht. Ein Rekordergebnis auf der einen Seite und weniger Gewerbesteuer andererseits. Das ist selbst mit den geplanten Investitionen nicht erklärbar.

Warum rechnet die Verwaltung mit solchen eklatanten Rückgängen der Gewerbesteuer für die Zukunft?

Entweder sie kennt die Gründe, dann soll sie diese für die Bürgerinnen und Bürger transparent machen oder sie soll dem Antrag der LINKEN stattgeben, und damit auch dem Beispiel vieler Städte folgend, einen kommunalen Betriebsprüfer einzustellen, damit sie auch Einsicht in die Steuerunterlagen der Unternehmen bekommt, weil dieses sonst nur die Prüfer der Landesfinanzbehörden bekommen. Dann wären wir nicht nur auf die Ankündigungen der jeweiligen Geschäftsleitung angewiesen.

Herr Gangl, Sie kommen doch aus Bayern, fragen sie doch Ihre Kollegen in Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach. Die haben positive Erfahrungen mit einem kommunalen Betriebsprüfer gemacht.

In Köln erwirtschaften die städtischen Betriebsprüfer laut dortiger Stadtverwaltung 1 Mio. EUR zusätzlicher Gewerbesteuereinnahmen pro Betriebsprüfer. Also da rechnen sich die zusätzlichen Personalkosten.

Wir sind als Gemeinderat mehrmals den Wünschen des Unternehmens entgegen gekommen, zuletzt haben wir letztes Jahr einstimmig der Erweiterung des Werkzeugbaus beschlossen. Damit haben wir eine Grundlage für die Sicherung der Arbeitsplätze gelegt und natürlich dachten wir dabei auch, das bei einer Umsatzerweiterung eine höhere Gewerbesteuer dabei heraus springt.

Deswegen bitte ich Sie Herr Oberbürgermeister gegenüber dem Unternehmen deutlich zu formulieren, dass wir die Erwartung im Gemeinderat haben, nicht nur Montageanzüge für die Faschingsverkleidung ausgeliehen zu bekommen, sondern das sich das Unternehmen ohne Zuflucht in Steuervermeidungs- und Gewinnverlagerungsstrategien seiner Verantwortung für die Finanzierung der Infrastruktur unserer Stadt stellt. Das ist das Mindeste was zu fordern ist.

Aber bleiben wir bei der mittelfristigen Prognose für die Gewerbesteuer. Wenn sich mittelfristig abzeichnet, dass die Einnahmen einen Abwärtstrend nehmen, dann verstehe ich nicht, warum sich die Verwaltung weigert, dem vorzubeugen, in dem man den Gewerbesteuersatz anhebt.

Statt aber die wirtschaftlichen Starken zu belasten, planen Sie Mehreinnahmen bei den Kita-Gebühren ein. Das ist erklärungsbedürftig und sollte sich dahinter erneut eine Gebührenerhöhung für die Eltern der Kitas verbergen, müssen sie mit unserem entschiedenen NEIN rechnen.

Der Haushalt ist zudem bei den Einnahmen nicht ganz „ehrlich“.

Wie sich aus dem Beteiligungsbericht 2013 ergibt, in dem die Situation der städtischen Tochtergesellschaften dargestellt wird, besteht die Möglichkeit Einnahmen bei den städtischen Tochtergesellschaften nicht in den städtischen Haushalt einfließen zu lassen, sondern diese dort als Rücklagen zu belassen. Damit kann man auch Millionen € aus den Begehrlichkeiten der Haushaltsplanung raushalten. Da ich selbst 8 Jahre Landesschatzmeister einer politischen Partei war, weiß ich sehr wohl dass jeder Kassenwart froh um jede Summe ist, die er der Planung und damit der Ausgabe entziehen kann. Daher lasse ich das an dieser Stelle durchgehen. Aber ich werde darauf erneut zurückkommen, wenn sie versuchen sollten mit der Begründung der fehlenden Einnahmen im Haushalt zu verkünden, die Bürgerinnen und Bürger müssten den Gürtel enger schnallen.

Der CDU-Politiker Bernd Vogel hat zu Recht darauf hingewiesen:

„Den Gürtel enger zu schnallen verlangen vor allem jene, die ihren Wohlstandsbauch schon mit Hosenträgern abgesichert haben.“

Damit komme ich schon zu den Ausgaben.

Wenn wir bei dem Bild der Bewässerungsanlage bleiben wollen, dann stellt sich mir die Frage: Wissen wir als Gemeinderäte wirklich, wo es überall die trockenen Stellen gibt, die es zu Bewässern gilt? In vielen Fällen ist es der Fall, denn wir leben in der Stadt und haben Augen zu sehen und Ohren zu hören. Aber es gibt Bereiche, die aufgrund mangelnder Information der Verwaltung im Dunklen liegen. Mit denen fange ich an.

Situation auf dem Wohnungsmarkt:

Was wissen wir eigentlich über die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Man liest in der Zeitung, dass es in Stuttgart sehr schwierig ist eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wie sieht es in Sindelfingen aus. Der von mir letztes Jahr angeforderte Bericht über die Wohnraumsituation wurde nie erteilt. Möglicherweise deswegen, weil die zuständigen Fachreferate überlastet sind. Aber wie wollen wir auf mögliche Fehlentwicklungen reagieren, wenn uns die Informationen fehlen?

Wenn es stimmt, dass wir im Kreis das höchste Durchschnittseinkommen im Land haben und sich die Miethöhefindung, aber auch der private Wohnungsbau an diese hohen Einkommen bei der Miethöhe orientieren, was folgt daraus in Sindelfingen für Menschen mit einem niedrigen Einkommen? Für Menschen mit einer kleinen Rente? Sind diese in der Lage auf dem privaten Wohnungsmarkt eine ihrer Rente angemessene Wohnung zu finden oder müssen sie ins Umland ziehen? Gibt es in Sindelfingen einen ernst zu nehmenden Bedarf an Sozialwohnungen? Müsste der soziale Wohnungsbau neu angedacht und angegangen werden?

Ich finde wir sind es der Bürgerschaft schuldig, uns um solche Fragen zu kümmern und ggf. entsprechende Weichenstellungen im Haushalt vorzunehmen.

Mobilität von Menschen mit geringen Einkommen:

Wir haben hier im Gemeinderat die Förderung der E-Mobilität beschlossen und auf die Erhebung der Parkgebühren gegenüber den Betreibern verzichtet. Jeder kann sich einen E- Smart ausleihen und damit in der Region mobil sein. Jeder? Nein, aber zumindest, die die es sich leisten können. DIE LINKE hat sich enthalten, weil dies nicht die Mobilitätsprobleme der Menschen mit geringen Einkommen löst.

Hat die Verwaltung einen Überblick über die Situation der Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher und der Grundrentner hinsichtlich ihrer Mobilität? Die Mobilität ist eine der Voraussetzung dafür, dass diesen Menschen die Teilhabe am politischen und kulturellen Leben ermöglicht wird. Ich weiß, dass vielen hier die Audi-Stadt Heilbronn als Beispiel für die Gebührenfreiheit der Kindergärten auf die Nerven geht, aber ich kann es Ihnen nicht ersparen von einem weiteren Beispiel für soziales Denken zu berichten:

Ab 1.4.2015 werden in Heilbronn die Hartz IV-Bezieher und Grundrentner(innen) für 20 € ein Sozialticket erhalten mit dem sie im gesamten Heilbronner Nahverkehrs-Bereich fahren können. Wohlgermerkt bei einer im Heilbronner Gemeinderat nach wie vor vorhandenen bürgerlichen Mehrheit.

Auch Stuttgart hat vor kurzem die Einführung eines Sozialtickets bekannt gegeben. Wir wollen auch in der Daimler-Stadt Sindelfingen ein Sozialticket und werden einen entsprechenden Antrag einbringen.

Sanierungsstau:

Wir sind uns alle einig, dass wir einen enormen Sanierungsstau in Sindelfingen haben. Aber statt hier Gas zu geben, schlägt uns die Verwaltung einen niedrigeren Investitionshaushalt als letztes Jahr vor. Das ist das Gegenteil vom ambitionierten Handeln, das notwendig wäre, um den Verfall der Infrastruktur aufzuhalten. Sie sind getrieben von einem Loch-Stopfen-Ereignis zum anderen. Einen strategischen Plan kann ich bei der Verwaltung nicht erkennen. Wo gibt es die erste barrierefreie Schule? Fehlanzeige! Gibt es einen Ablaufplan für in welcher Reihenfolge welche Schulen saniert werden sollen? Fehlanzeige!

Warum wird an der Tiefgarage nur herum gedoktert, statt einen Plan für eine Generalsanierung vorzulegen? Wird die Generalsanierung nicht eines Tages ein Vielfaches mehr kosten, wenn wir sie weiter jahrelang hinauszögern?

Kinderbetreuung:

Was den Ausbau der Kindesbetreuung angeht, so findet dieser unsere Unterstützung und ich will hier die Verwaltung ausdrücklich loben, dass sie hier in der Vergangenheit Planungszeit und Finanzen investiert hat. Das will ich ausdrücklich festhalten, damit hier nicht der Eindruck entsteht, ich wollte alles nur schlecht reden. Aber wir sind noch lange nicht am Ende des Tunnels angelangt. Es wird noch viel Arbeitseinsatz und Finanzen kosten bis wir eine flächendeckende und zufriedenstellende Kinderbetreuung erreichen.

Ein besonderes Kapitel ist die Bezahlung des Personals. Verglichen mit dem Einsatz und Engagement, den die Beschäftigten in den KiTas einbringen, ist sie miserabel. In keinem europäischen Land besteht eine solche Diskrepanz zwischen der Bezahlung in der Industrie und der bei der Erziehung wie in Deutschland. Daher sind wir als LINKE solidarisch mit den anstehenden Arbeitskämpfen der Erzieherinnen und Erzieher und ihrer Gewerkschaft. Denn eine bessere Bezahlung, für eine gute Arbeit – das muss drin sein.

Befristungen beim Personal:

Wenn wir schon beim Personal sind. Es ist bekannt, dass bei den Ämtern, die für die Sanierung zuständig sind, eine hohe Fluktuation herrscht. Weil dort nur befristet eingestellt wird, suchen die Fachkräfte verständlicherweise nach einer unbefristeten Stelle und wenn sie eine gefunden haben, gibt es einen Stillstand in der Arbeit bis der nächste prekäre Mitarbeiter eingestellt ist. Hier wäre es angebracht, nicht nur angesichts des angestauten Sanierungsbedarfs, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen, die befristeten Stelle in unbefristete umzuwandeln. Ich finde, dass muss drin sein.

Grundversorgung in den Stadtquartieren

Wir haben das Problem letzte Woche diskutiert. Ja, es ist sehr vielschichtig. Nein, auch ich habe kein Patentrezept. Auch mir ist bekannt, dass der Betrieb eines Lebensmittelladens keine kommunale Aufgabe ist. Es stimmt auch, dass viele Menschen in Umfragen einen Lebensmittel-Laden in Wohnnähe wünschen, aber mehrheitlich dann ihre Lebensmittel in Supermärkten kaufen, was mit den Preisen zu tun hat.

Das enthebt die Kommune und den Gemeinderat nicht von der Notwendigkeit sich Gedanken zu machen, wie für die älteren Menschen ohne Auto eine Versorgung mit Lebensmitteln sicher gestellt werden kann. Es spricht einiges dafür, sich entweder direkt oder über Bebauungsplan den Zugriff auf eine Immobilie im Verkaufsareal zu sichern, um über die Höhe der Miete und damit auch die Verkaufspreise eine Steuerung zu haben. Aber auch die Unterstützung von Selbsthilfeprojekten, wie den Genossenschaftsladen im Eichholz wäre wichtig. Es ist den dort den Aktiven zu danken, dass sie nicht in Depression verfallen, sondern versuchen ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Wenn die Hälfte des erforderlichen Kapitals über Absichtserklärungen eingesammelt ist, dann würde sich die Stadt nicht arm machen, wenn sie die andere Hälfte als Zuschuss zur Verfügung stellt. Wenn wir uns anschauen, wie viel Geld für nutzlose Gutachten ausgegeben wird, die das Vielfache kosten, wären hier die 20.000 € als Hilfe zur Selbsthilfe gut angelegt. Es gibt keine Garantie, aber doch eine Chance, dass das Projekt erfolgreich sein könnte.

Die Verwaltung bevorzugt indessen teure Expertisen von Experten. Jack Lemmon hat es mal so formuliert:

„Ein Experte ist ein Mann, der genau weiß, wie es kommen wird, und der hinterher genau sagen kann, warum alles ganz anders gekommen ist.“

TTIP

Wenn wir schon bei der kommunalen Daseinsvorsorge sind, Ich bin mir mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Verband der kommunalen Unternehmen einig darin, das bei den Freihandelsverhandlungen mit den USA unter dem Namen TTIP die kommunale Daseinsvorsorge nicht zur Disposition gestellt werden darf. Ich fände es gut, wenn der Gemeinderat in einer interfraktionellen Erklärung die Erklärung der kommunalen Spitzenverbände unterstützen könnte.

Jugend-und Kultur

Ich finde die von den Grünen in Sindelfingen ins Spiel gebrachte Nutzung des DOMO als Kultur- und Vereinszentrum ist inzwischen sehr gut ausgefeilt und durchgerechnet. Es wäre für Sindelfingen ein Anziehungspunkt für Jugendliche, Vereine und Kultur Interessierte. Es ist genau das, was in Sindelfingen fehlt. Aber es ist ohne finanziellen Beitrag der Stadt wird das Vorhaben nicht zu realisieren sein und ich würde mir wünschen, Mittel dafür im Haushalt bereit zu stellen. Ich vermute, die grüne Fraktion wird einen entsprechenden Antrag stellen. Wir LINKE werden ihn unterstützen.

Desweiteren sollten wir neben der Finanzierung der Biennale, die wir alle einstimmig beschlossen haben und auf die wir uns alle zusammen freuen, auch die Arbeit der bestehenden kulturellen Initiativen nicht austrocknen lassen und wo erforderlich, wie bei der IG Kultur die Mittel angemessen aufstocken.

Flüchtlingsunterbringung

Bei dem Thema Flüchtlingsunterbringung stehen viele Kommunen vor einer großen Herausforderung und ich bin der Meinung, dass der Bund in Verpflichtung ist, stärker die Kommunen dabei finanziell zu unterstützen.

Auch bei diesem Thema will ich die Verwaltungsspitze nicht kritisieren, sondern ihr danken, wie sie trotz der aufkommenden Ressentiments in den Teilen der Bevölkerung Kurs gehalten hat. Ich will mich aber auch bei allen anderen Fraktionen bedanken für die Bereitschaft und Fähigkeit die Problematik im Konsens zu lösen, weil das Thema für eine parteipolitische Profilierung ungeeignet ist. Durch das gemeinsame Agieren der Verwaltung und des Gemeinderats konnten wir eine Willkommenskultur für die geschundenen Menschen auf der Flucht vorleben. Zu danken ist auch für das großartige Engagement der Zivilgesellschaft auf diesem Gebiet, in erster Linie sei der AK Asyl genannt.

Herrn Gangl, Herr Pflum und den Damen und Herren der Fachabteilung Finanzen danke ich für die Erstellung des Haushalts.

Und damit es nicht des Lobes zu viel wird, mache ich hier einen Punkt und freue mich auf die anstehende Haushaltsdiskussion.

Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.
